

Gespräch mit Nikolaus Simon

## »Die Machtbalance im DGB ist nicht mehr wie früher vorhanden«

**Den Gewerkschaften laufen seit Jahren die Mitglieder davon. Das Verhältnis zur SPD scheint seit der Ära Schröder weitgehend zerrüttet. Auf der mittleren Funktionärsebene findet eher ein neuer Schulterchluss statt – der mit der LINKSPARTEI. Wo ist der »gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch« der Gewerkschaften geblieben? – Thomas Meyer unterhielt sich darüber mit Nikolaus Simon, seit 1997 Geschäftsführer der HANS-BÖCKLER-STIFTUNG. Das Gespräch fand im März in Düsseldorf statt.**

**NG/FH:** Als das Berliner Programm der SPD von 1989 erarbeitet wurde, spielten die Gewerkschaften im Diskussionsprozess eine zentrale Rolle, z.B. Franz Steinkühler und Hermann Rappe haben von Anfang an mitgewirkt. Erst als ein Konsens mit der Gewerkschaftsführung erzielt werden konnte, war der Durchbruch für den Geist des neuen Programms erreicht. Heute spielen die Gewerkschaften in dieser aktuellen Programmdebatte praktisch keine Rolle mehr. Woran liegt das?

**Nikolaus Simon:** Ich bin zunächst erstaunt, dass im Rückblick Rappe und Steinkühler in einem Atemzug genannt werden. Es gab schon damals nicht *die* Gewerkschaften, sondern erhebliche Konflikte strategischer Natur zwischen der IG METALL und der damaligen IG CHEMIE. Aber sowohl Rappe als auch Steinkühler und die DGB-Vorsitzenden haben zwischen dem unterschieden, was man gemeinsam erreichen will, und den eher nachgeordneten Konflikten. Der DGB ist weniger als früher in der Lage, eine Einheit zu repräsentieren, was auch mit den verschobenen Machtkonstellationen zusammenhängt. Wenn IG METALL und VER.DI sich heute einig sind, kann man keine Gegenkoalition mehr schmieden. Die Machtbalance im DGB ist nicht mehr wie damals vorhanden.

**NG/FH:** Bis in die 80er Jahre hinein haben die deutschen Gewerkschaften einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch erhoben. Heute gewinnt man eher

den Eindruck, dass sie nur noch eine *Veto*-Macht in einzelnen Fragen sind. Ist das eine richtige Beobachtung?

**Simon:** Die große Schwäche der Gewerkschaften liegt darin, dass sie nicht ausreichend neue Mitglieder gewinnen. Es scheiden mehr Mitglieder aus, als Jüngere und junge Erwachsene neu hinzustoßen. Wenn der Organisationsgrad permanent abnimmt, sinkt aber auch der Machteinfluss. Rechnet man die Pensionäre und Rentner ab, liegt der Organisationsgrad wahrscheinlich unter 20 %. 1980 lag er inklusive noch bei ca. 35 %. Deshalb stellt sich auch die Frage, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der DGB-Vorsitzende noch repräsentiert, wenn er Einfluss zu nehmen sucht.

**NG/FH:** Heißt das, dass die Gewerkschaften es wegen des dramatischen Mitgliederückgangs gar nicht mehr wagen, in der politischen Arena gesamtgesellschaftliche Gestaltungsansprüche zu formulieren?

**Simon:** Der Gestaltungsanspruch ist noch immer da. Er wird den Gewerkschaften nur nicht mehr abgenommen. Die Selbstwahrnehmung geht aber immer noch davon aus, der gleiche bedeutende Faktor zu sein wie in den 80er Jahren. Michael Sommer hat treffend konstatiert: Wenn der Organisationsgrad bei 15 % oder darunter läge, würde man im Bundeskanzleramt anders auf die Gewerkschaften blicken. Aber es gibt natürlich Themenfelder, auf denen sie nach wie vor absolut dominant sind.

**NG/FH:** Nun hat sich die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten im Zeichen der Globalisierung, Individualisierung und der hohen Arbeitslosigkeit erheblich gewandelt. Folgt aus diesen Änderungen ein Bedeutungswandel der Gewerkschaften?

**Simon:** Die Gewerkschaften leiden darunter; sich seit längerem in einem kulturellen *gap*, d.h. einer kulturellen Lücke, zu befinden – zwischen einer rasanten gesellschaftlichen Entwicklung und einer weniger rasanten innerorganisatorischen Veränderung. Das hängt in einer demokratischen Organisation mit den Entscheidungsträgern zusammen. Man kann nicht von oben herab bestimmen, dass der männliche deutsche Facharbeiter mit einer längeren Beschäftigungsperspektive in den Tariff Kommissionen plötzlich nicht mehr der entscheidende Repräsentant sein soll. Das ist er, solange er gewählt wird und seiner Funktion nachkommt. Außerdem sind noch immer zu wenige Frauen organisiert, und wir berücksichtigen in zu geringem Maße die Interessen besonderer Berufsgruppen, was dazu führt, dass mit COCKPIT oder bei den Ärzten sich neue und bedrohliche gewerkschaftliche Entwicklungen ergeben haben. Hätten sich die Gewerkschaften schneller und klüger kulturell modernisiert, hätte manche negative Entwicklung anders verlaufen können.

**NG/FH:** Nun ließe sich dagegen einwenden, dass diese Individualisierungs-, Flexibilisierungs- und Differenzierungstendenzen alle großen Organisationen betreffen: Parteien verlieren rasant Mitglieder, andere große Organisationen wie die Kirchen auch, weil die soziale Kultur der meisten Menschen mehr auf kleine Organisationen und auf flexible Aktionsformen zielt.

Sind Gewerkschaften ihrem eigenen Anspruch nach dazu überhaupt in der Lage, auf solche Entwicklungen angemessen einzugehen?

**Simon:** Ja, das sind sie, und zwar weitaus besser als Kirchen, die ja an ein Dogma und äußerst hierarchische Apparate gekettet sind, auch wenn ich nicht verhehlen kann, dass mich die Gewerkschaften oft auch an Kirchen erinnern. Es lässt sich nicht leugnen, dass sich spätestens seit den 70er Jahren eine Individualisierungstendenz, eine ganz neue Mischung aus kollektiven und individuellen Interessen entwickelt hat. Das gilt auch für die hauptamtlichen Kader, die oft nicht mehr so sehr auf die Kundinnen und Kunden oder potenzielle Mitglieder achten, sondern andere Interessen in den Vordergrund stellen.

**NG/FH:** Warum fällt es den Gewerkschaften so schwer, den kulturellen Wandel überzeugend aktiv zu gestalten?

**Simon:** Das Thema, neue Mitglieder zu organisieren, ist viel zu lange außen vor gelassen worden, obwohl kluge Analysen darüber vorlagen, wie sehr sich Branchen

und Organisationsgrundlagen verändert hatten. Zur Entlastung wurde gern auf die Stärke der Arbeitgeber und Arbeitsplatzverluste hingewiesen. Und während des Prozesses der Deutschen Einigung haben sich viele dem Traum hingegeben, die Massen von Gewerkschaftsmitgliedern aus den unfreien Organisationen könnten den hiesigen Organisationsgrad auf Dauer steigern. Noch heute herrscht bei manchen Unverständnis darüber, dass die DDR und ihre Gewerkschaften nicht einfach inkorporiert werden konnten. Aber dennoch: Wo das Gewinnen neuer Mitglieder Ernst genommen wird, können sich rasch große Erfolge einstellen. Die IG METALL in NRW ist hier vorbildlich.

**NG/FH:** Die Einzelgewerkschaften und der DGB selbst haben immer die Vorstellung gehabt, dass sie über ein gesellschaftspolitisches Mandat verfügen, aber parteipolitisch unabhängig sind. Trotzdem gab es bis vor kurzem eine starke Orientierung an der SPD. Wie sortiert sich das heute, nachdem der Einfluss der GRÜNEN und der LINKSPARTEI in den mittleren Funktionärschichten zugenommen hat?

**Simon:** Das war noch eine überschaubare Welt, als wir von der Einheitsgewerkschaft als einer großen Errungenschaft mit zwei Parteien ausgehen konnten. Aber im Grunde waren die Gewerkschaften, trotz aller korrekten Betonung ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit, immer eine Art sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft mit großem Respekt für die christliche Tradition. Das hat sich mittlerweile alles aufgelöst, nachdem schon in den 70er Jahren eine größere Etappe unter der Parole stand: »Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!«. Damals existierte schon die Idee, dass sich links von der SPD irgendetwas in Verbindung mit der DKP organisieren ließe, um die SPD daran zu hindern, weiter nach rechts zu driften. Dann kamen DIE GRÜNEN und teilten eine Zeit lang mit den Gewerkschaften Themen und Aktionen. Doch es war im DGB kompliziert

genug zu akzeptieren, dass die Partei auch mit Funktionen versehen werden müsste. Dass die WASG in Verbindung mit der PDS bei den Wahlen solche Erfolge erzielt hat, macht die Lage parteipolitisch noch unübersichtlicher. Natürlich kommt hinzu, dass zum Teil mittlere Gewerkschaftskader von der sozialdemokratischen Politik so ungeheuer frustriert sind, dass von bleibenden Schäden auszugehen ist.

**NG/FH:** Schwächt oder stärkt diese innere parteipolitische Pluralisierung der Gewerkschaften deren politische Schlagkraft?

**Simon:** Meiner Auffassung nach wird die Schlagkraft dadurch eher geschwächt. Aber nicht nur deshalb. Wie soll ein Gesetzgeber darauf reagieren, dass die Gewerkschaften so lange brauchen, sich beim Mindestlohn zu einigen? Dann wird der Gesetzgeber auch noch beschimpft dafür, dass er nicht schneller das umgesetzt hat, was die Gewerkschaften ihrerseits vorher nicht zu fordern im Stande waren.

**NG/FH:** Gibt es eine Stellungnahme des DGB zum vorliegenden Bremer Entwurf der SPD?

**Simon:** Neben den offiziellen Stellungnahmen gibt es relativ viele Kolleginnen und Kollegen, die in kleineren Arbeitsgruppen und Treffen den Programmentwurf thematisieren. Wir haben uns beim Thema Mitbestimmung eingebracht und finden es zufriedenstellend, was zu diesem Thema formuliert wurde. Ich bin optimistisch, dass es bei den Sachthemen wieder zu mehr Gemeinsamkeiten zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könnte.

**NG/FH:** An welche Themen denken Sie dabei?

**Simon:** An zuverlässige öffentliche Dienstleistungen, die Vorstellung von einem sozialen Europa, die Mitbestimmung, die auch für die europäische Perspektive im Programm eine Bedeutung hat sowie die Ausgestaltung des Sozialstaates überhaupt. Man darf nicht nur über Visionen reden, sondern muss sich auch darüber

unterhalten, wie sie finanziert werden können. Wenn im Programm dafür plädiert wird, mehr auf Steuerfinanzierung umzusteigen und niemand weiß, wie die Steuerbasis *à la longue* gesichert wird, dann scheint mir das sehr heikel zu sein. Soll man dann entscheiden, ob man in die Sicherheit investiert oder in die Rente? Wer trifft diese Entscheidung und unter welchen Rahmenbedingungen? Da sind noch viele offene Punkte, die nur auf dem Papier ein geschlossenes Bild von sozialer Zukunft ergeben, einer sozialen Zukunft freilich, die damit noch nicht gewonnen ist.

**NG/FH:** Gibt es denn für den Gesellschaftsentwurf, den die Gewerkschaften vertreten, einen Namen – zum Beispiel »soziale Demokratie« oder »Wirtschaftsdemokratie«, was ja nur ein Teil der sozialen Demokratie wäre?

**Simon:** Ich persönlich finde, die Gewerkschaften waren immer gut beraten, sich als Teil dieser so spät gekommenen, aber endlich etablierten Demokratie zu verstehen. Wir sind kein Nebenparlament. Unsere politischen Rahmenbedingungen werden im Parlament festgelegt, wir wählen als Staatsbürger den Bundestag und erst dann sind wir Gewerkschaftsmitglieder. Man muss nicht glauben, dass die Gewerkschaften beides sind, Interessenvertretung und Parteiorganisation. Es war die Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft, sich davon lösen zu können, ohne historisch als Verräterin eigener Ideen erschienen zu sein.

**NG/FH:** Nun hatten die Gewerkschaften über viele Jahrzehnte große Kommunikatoren, zuletzt jemanden wie Franz Steinkühler, der mit seiner Argumentationsfähigkeit Themen öffentlich vertreten konnte und dabei immer den Eindruck erweckt hat, hier sei eine Stimme, die gehört werden müsste. Warum haben die Gewerkschaften solche Kommunikatoren nicht mehr?

**Simon:** Viele erscheinen mit gewissem zeitlichem Abstand größer als heutige Ak-

teure. Ich glaube, dass es natürlich auch in einer Organisation, die sich nicht im Aufwind befindet und keine größeren Erfolge mehr feiert, nicht so leicht ist, jenes Charisma zu entwickeln, das in die Medienwelt hinein kommuniziert werden kann. Ich glaube vor allem, dass die Medien auch weniger an komplizierten Problemstellungen interessiert sind. Die Konjunktur der Themen hat ein solches Tempo gewonnen, dass es schwieriger erscheint, die Nöte einer demokratischen Willensbildung zu erläutern. Franz Steinkühler, Otto Brenner, Heinz Kluncker oder anderen sind da vielleicht noch mehr Chancen geboten worden. Aber dieses Problem des Transfers in die Öffentlichkeit hat nichts spezifisch mit den Gewerkschaften zu tun. Auch wir Stiftungen und Wissenschaftseinrichtungen, wie die MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT oder das WISSENSCHAFTS-ZENTRUM BERLIN, die Parteien und Kirchen erfahren dieses Vermittlungsproblem in ähnlicher Weise. Wir sind verloren, wenn es nicht gelingt, uns in der Medienlandschaft zu behaupten.

**NG/FH:** Es besteht das Dilemma, dass das Kapital weitgehend globalisiert ist, während die Gewerkschaften überwiegend noch national reduziert sind. Wäre das eine realistische Perspektive, wenn die Gewerkschaften versuchten, sich zu europäisieren oder zu globalisieren, um auf diese Weise ein Stück der alten Schlagkraft zurückzugewinnen zu können?

**Simon:** Die alte Schlagkraft wahrscheinlich nicht. Stattdessen laufen völlig neue Prozesse, die mich sehr optimistisch stimmen, zum Beispiel der Schritt zum INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSBUND unter der Leitung von Guy Ryder und das, was im EUROPÄISCHEN GEWERKSCHAFTSBUND die letzten 15 Jahre geleistet worden ist. Es ist in diesem Zeitraum gelungen, sich in den neuen Arenen gut aufzustellen. Dabei muss verhindert werden, dass daraus *loser coalitions* werden, denn die Gewinner der Arbeitswelt, die gute Verdienst-

möglichkeiten haben, müssen sich von Gewerkschaften genauso repräsentiert sehen, wie die, die in den Prozessen benachteiligt werden und unserer Solidarität bedürfen. Was es nicht geben darf, ist ein Zerfallen in kleine, partikuläre Gewerkschaftsorganisationen.

**NG/FH:** Aber gibt es da nicht objektive Widersprüche, wenn etwa Arbeitsplätze in dem einen Land gewonnen werden, die im anderen verloren worden sind? Hier scheint volle Solidarität kaum möglich, sondern da spielen dann partikuläre, standortbezogene Interessen in die Gewerkschaften kräftig hinein.

**Simon:** Natürlich, ein Solidaritätsbegriff, der bloß idealistisch ist, bleibt leer. Aber dass es möglich ist, innerhalb dieser Konflikte doch noch Solidarität herzustellen, dafür gibt es sehr gute Beispiele, nicht zuletzt GENERAL MOTORS EUROPE. Überall wo sich Euro- oder Weltbetriebsräte zusammenschließen, die in den Unterneh-

men Verantwortung übernehmen, werden teilweise sehr intelligente Lösungen gefunden.

**NG/FH:** Abschließende politische Frage: Die Debatte hat begonnen, was für die SPD nach einer Großen Koalition kommen könnte. Die einen tendieren zu einer sozialliberalen Ampel-Perspektive mit den GRÜNEN und einer sozial sensibleren FDP. Die anderen neigen zu einer linken Alternative, einem Bündnis aus SPD, LINKSPARTEI und den GRÜNEN. Können die Gewerkschaften dabei in irgendeiner Weise eine Rolle spielen?

**Simon:** Das haben die Gewerkschaften zu Zeiten von Bundestagswahlen immer geschickt gemacht, indem sie ihre Themen und Forderungen zum Maßstab erhoben haben. Mehr kann und sollte man nicht tun. Zuerst sollte man auf die Klugheit der Wählerinnen und Wähler setzen.

**NG/FH:** Nikolaus Simon, wir danken Ihnen für das Gespräch.